

aktiv

Selbstdruckausgabe

Aktuelle Informationen
Hergestellt von: Bewegung für Sozialismus (föj)

Nummer 19 des 47. Jahrgangs am 21. Oktober 2020

Zahl der Woche: 27%

**Die Vertretungsquote erinnert
immer mehr an ein
Zensuswahlrecht.
Diese Wien-Wahl sollte als
Warnung dienen.**

Die Repräsentanz in unseren angeblich eben repräsentativ-demokratischen Systemen war noch nie so wirklich gegeben — allein der Klassen-Unterschied zwischen den Vertretenden und der Mehrzahl der Vertretenen ist evident. Die Einflußnahme der Bevölkerung, also des "Volkes", von dem ja alles Recht ausgehen sollte, auf die politischen Verhältnisse war immer schon marginal. Die jetzige Wien-Wahl zeigt aber, daß auch die formale Repräsentanz und Partizipation immer mehr erodiert. Viel war im Vorfeld die Rede von der Tatsache, daß 30% der Bevölkerung nicht wahlberechtigt seien und zwar wegen mangelnder hiesiger Staatsbürgerschaft. Tatsächlich ist die Quote derjenigen, die die Mandate der Abgeordneten legitimieren sollen, noch katastrophaler — es sind nämlich nicht 70% der Bevölkerung, sondern nur die Hälfte dieses Anteils.

Tacheles: Bei der Wiener Gemeinderats- und Landtags-

wahl 2020 gab es 725.501 gültige Stimmen bei 1.133.010 Wahlberechtigten und 1.911.191 Menschen mit Hauptwohnsitz in Wien (Letzteres mit Stand 1. Jänner 2020). Allerdings wurden nur 663.378 Stimmen für Parteien abgegeben, die im neuen Landtag vertreten sind (und auch schon im alten waren). Die Abgeordneten repräsentieren damit 34,71%, seriöserweise auf zwei Stellen gerundet etwa 35% der Bevölkerung.

Nun kann man da einwerfen, daß man da ja nicht die Kinder mitzählen dürfe. Allerdings gibt es in Wien zwar nicht ganz 200.000 Kinder unter dem Wahlminderalter von 16 Jahren (1), aber etwa genausoviele Menschen, die hauptsächlich in Wien leben, hier aber nur einen Nebenwohnsitz haben. (2, 3)

Die etwas mehr als 1,9 Mio Einwohner sind also tatsächlich als die relevante Zahl derjenigen anzusehen, die in dieser Stadt politisch mitbestimmen können sollten, weil sie von der Politik unmittelbar betroffen sind und alt genug, die Problematiken zu erfassen.

Bei den einzelnen Parteien wirkt diese geringe Mandatslegitimation aber noch viel deutlicher: Die SPÖ als stärkste Partei wurde von 301.967 gewählt, das sind aber nicht 41,62% sondern lediglich 16% der Bevölkerung. Die kleinste Partei mit Anspruch auf Mandate, die FPÖ, repräsentiert lediglich 2,7% der Bevölkerung.

Wenn man 2015 als Vergleich

hernimmt, sieht das so aus: Bevölkerung am 1. Jänner: 1.794.770, bei der Wahl: 1.143.076 Wahlberechtigte, 832.987 gültige Stimmen, 813.114 für Parteien, die Mandate erhielten. Damit ergibt sich aber eine Repräsentanz von immerhin 45% — nicht nur wegen der höheren Wahlbeteiligung, sondern auch wegen etwas mehr Wahlberechtigten in absoluten Zahlen bei geringerer Wohnbevölkerung und lediglich rund 20.000 Stimmen für Parteien, die es nicht in den Landtag schafften — 2020 waren es dreimal soviel Stimmen.

Natürlich hatten die Besonderheiten bei dieser Wahl von Ibiza über die neuartige Bundesregierung bis zu Corona einen gewissen Anteil an diesen Verschiebungen. Allein damit sollte man es aber wohl nicht erklären.

Nicht dürfen und nicht wollen

Tatsächlich sind einfach immer weniger Politikbetroffene überhaupt wahlberechtigt und gleichzeitig haben immer weniger der Wahlberechtigten Lust darauf, eine Partei zu wählen, die eine (systemisch vorgegebene) Chance auf Mandate hat — und das obwohl nur diesen Parteien medial diesmal ganz besonders viel Möglichkeiten geboten worden sind, sich zu präsentieren.

Die Schwankungen in der Zahl der Wahlberechtigten und in der Zahl der offiziellen Wohnbevölkerung haben viele Gründe: Zuzug aus dem Ausland und aus den Bundesländern; Hauptwohnsitz-

meldungen von Teilzeitniederösterreichern und -burgenländern, die das Parkpickerl brauchen, einerseits und Studierende, Wochenpendler sowie Wochenendhübscher mit Wiener Nebenwohnsitzmeldung andererseits; geringe Reproduktion direkt in Wien (sowohl bei gebürtigen Wienern als auch bei in- und ausländischen Zuagasten) und vor allem ein Staatsbürgerschaftsrecht, das in den letzten 20 Jahren immer mehr verschärft wurde und dafür sorgt, daß viele Langzeitwiener mittlerweile keine Chance mehr haben, auch nur irgendwann offiziell Österreicher zu werden.

Die geringe Wahlbeteiligung ist sicher auch mit der Abstimmung mit den Füßen der einstigen FPÖ-Wähler zu sehen, aber auch mit einer allgemeinen Frustration über das Angebot: Es ist gar nicht mehr möglich, einer Partei zu Mandaten zu verhelfen, die Protest formuliert, denn es gibt nur mehr Parteien, die regieren in Bund oder Land oder haben regiert oder wollen unbedingt mitregieren — und verhalten sich dementsprechend staatstragend. Ja, die Mechanismen von Siegerimage oder Amtsinhaberbonus funktionieren noch — siehe Kurz bei der NR-Wahl und jetzt bei der Wien-Wahl Ludwig, aber die Angfressenen werden mehr, haben aber keinerlei Optionen — oder sehen sie zumindest nicht. Wienweit haben immerhin 9 Parteien kandidiert, drei weitere nur in einzelnen Wahlkreisen — viele Wahlberechtigte werden aber von den anderen Möglichkeiten erst am Stimmzettel erfahren haben und viele gar nicht, weil sie nicht einmal zur Wahl gegangen sind.

Interessant ist aber auch ein Vergleich mit früheren Wahlen. 2010 gab es auch eine geringere Wahlbeteiligung als 2015. Da waren aber mit 1.144.510 noch mehr wahlberechtigt als 2015. Bei lediglich 1.689.995 mit Wiener Hauptwohnsitz am 1.1.2010. Die Abgeordneten repräsentierten 730.346 Wähler, also wenig mehr als heuer in absoluten Zahlen, dennoch aber 43% der Bevölkerung.

Weniger Wahlberechtigte in absoluten Zahlen als 2020 gab es 2001: 1.096.732 Wahlberechtigte bei 1.562.536 Menschen mit Hauptwohnsitz — damals allerdings bei um zwei Jahre höherem Mindestwahlalter. Damals stimmten 688.657 für Mandatsparteien. Die formale Repräsentanz der Gesamtbevölkerung machte damit aber auch 44% der Bevölkerung aus

Klassensprecher

Der eingangs angesprochenen Klassenunterschied manifestiert sich aber auch bei den unterschiedlichen Wählergruppen: die geringsten Wahlbeteiligungen gab es auf GR-Ebene in Favoriten und Simmering, die höchsten in der Josefstadt, in Neubau und in Hietzing. In Favoriten wohnten am 1. Jänner 207.193 Menschen und lediglich die Stimmen von 56.444 konnten für die Mandatsvergabe berücksichtigt werden. Repräsentanz im 10. Hieb somit: 27%.

Und noch etwas ist in Favoriten zu bemerken: Wenn die Leute doch zur Wahl gehen und sehen, daß es noch andere aussichtsreiche Kandidaturen gibt, dann wählen sie sie auch, selbst wenn diese Kandidaturen so gut wie keine Medienpräsenz haben: In

der Favoriten Bezirksvertretung werden gerade einmal 90 der 65.620 abgegebenen gültigen Stimmen nicht repräsentiert sein und daher auch Mandatare von 9 Listen vertreten. Denn auf Bezirksebene gilt immer noch reines Verhältniswahlrecht, wenn auch nur für diejenigen, die einen EU-Paß vorweisen können.

Daß aber nur jeder Vierte in einem Migranten- und Hacklerbezirk politisch repräsentiert wird, sollte eigentlich die Alarmglocken läuten lassen. Politische Parteien orientieren sich aber leider nur an den Relationen zu den Mitbewerbern, also wieviel Prozent sie von den gültigen Stimmen bei einer Wahl bekommen haben. Dementsprechend sieht dann auch ihre Politik aus — wenn ihnen ihre Wähler nicht eh so oder so egal sind, solange sie sie nur wählen. Irgendwann wird in dieser nichtgehörten Mehrheit der Bevölkerung aber der Unmut ansteigen — vor allem wenn die materielle Lage in dieser Mehrheit noch mieser ist. Dann wird die hohe Politik versuchen, dieses Problem per Diffamierung und letztlich per Polizei zu lösen.

Dagegen wird dann die Corona-Krise ein Lercherlschas gewesen sein.

Bernhard Redl

(1) https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_alter_geschlecht/105080.html

(2) http://pic.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=106309

(3) Bemerkenswerterweise sind Hauptwohnsitzwiener mit Nebenwohnsitz in NÖ dort teilweise auch wahlberechtigt, umgekehrt gilt das aber nicht.

Was die Wiener Wahl 2020 uns sagen kann

Von Wilhelm Langthaler,
Antimperialistische Koordination

Auf der Oberfläche bleibt alles beim Alten – der Neoliberalismus light der Wiener SPÖ wurde bestätigt. Doch einige Momente zeigen doch Verschiebungen an.

1) Die Wahlbeteiligung ist um 10 Prozentpunkte eingebrochen, von 75% auf 65% für den Gemeinderat. Für die Bezirksräte sank sie von 66% auf 58%. Der Rückgang ist in den Arbeiterbezirken durchwegs noch stärker, meist über 10 Punkte bei beiden Wahlen. In Rudolfsheim-Fünfhaus beteiligten sich an den BRW weniger als 50% und in Floridsdorf sank die Partizipation um satte 15 Punkte ab. Die ärmeren Schichten fühlen sich immer weniger repräsentiert, ein Trend der schon einige Jahrzehnte anhält. Die Mehrzahl der ehemaligen FP-Wähler ist zuhause geblieben, auch viele SPler.

2) So hat die SPÖ ihren Stimmanteil für den GR von knapp 40% auf knapp 42% gesteigert, aber absolut 28.000 Stimmen verloren (wobei die Zahl der Wahlberechtigten um 10.000 gesunken ist.) In den Arbeiterbezirken konnte sie zwar überdurchschnittlich zulegen. Aber selbst in Floridsdorf, wo die SPÖ mit mehr als 7 Punkten am meisten dazugewinnen konnte, bleibt das noch immer ein absoluter Rückgang an Stimmen und

das trotz der Zunahme der Wahlberechtigten im Bezirk. Angesichts des völligen Zusammenbruchs der FPÖ ist das umso erstaunlicher. Die Trennung von den Subalternen hat sich also verfestigt. Sieger sehen jedenfalls anders aus.

3) FP+Strache haben sich mehr als halbiert auf über 10%. Aber es hat in den unteren sozialen Segmenten niemand ihren Platz eingenommen, während die wohlhabenden freiheitlichen Ex-Wähler zur ÖVP abgewandert sind. Die wählenden Arbeiter sind noch immer mehrheitlich (45%) bei FP+Strache. (Siehe Wählerstromanalyse Der Standard.) Zum Vergleich: 35% bei der SPÖ. Das heißt aber auch, dass die FPÖ wieder auferstehen kann, wenn sie eine volksnahe Führungsfigur findet, also keinen Business-Bürger und Burschenschafter wie Haimbuchner – zumindest solange es niemanden gibt, der die sozialen Interessen der unteren Schichten und insbesondere der Arbeiter in linkssouveränistischer Weise zu verteidigen vermag.

4) Die NZZ spricht von einem Linksruck, doch selbst wenn man ganz formalistisch alles was nicht VP oder FP ist zusammenzählt, zumal in absoluten Zahlen, handelt es sich nur um eine geringfügige Verschiebung. Inhaltlich nicht. Im Gegenteil, der neoliberale Sunnyboy, Finanzminister und Adjutant Kurz', Blümel, konnte die Stimmen für die ÖVP verdreifachen.

5) LINKS konnte sich von 12.000 (1,38%, Anm.: als WIEN-ANDAS) auf 20.000 (2,54%) bei den Bezirkswahlen steigern, beim Gemeinderat etwas weniger: auf 15.000 (2,06%) von 9.000 (1,07%). Das ist ein Achtungserfolg, zumal sie in einigen Bezirken bis zu 5% auf sich vereinigen konnten. Doch das Verteilungsmuster ist jenem der Grünen ähnlich, also die Bildungsschichten. Und diese haben

angesichts der Implosion der FPÖ die Angstwahl für Rotgrün ein bisschen weniger verfolgt als sonst. Eigentlich ein Paradoxon, denn als antischarzblau entstanden, erhielt LINKS just Luft zum Atmen, weil der Angstgegner Schwarzblau nicht funktionierte. Doch der lähmende Mechanismus des kleineren Übels, der besonders für jene gilt, die eben viel mehr zu verlieren haben als nur ihre Ketten, wird früher oder später wieder zurückkehren. Ganz abgesehen davon, dass es eine linke und moralische Identitätskampagne war, die trotz lautstarker sozialer Bekenntnisse keine Chance hat von den Subalternen aufgenommen zu werden, eben weil diese den Kulturliberalismus als Signum der herrschenden Eliten begreifen. Es ist kein Zufall, dass es kein Thema war, wie gegen die Verheerungen der Globalisierung (und das ist ident mit dem Neoliberalismus) vorgegangen werden könnte.

6) Bemerkenswert ist auch der partielle Erfolg der SÖZ, vermutlich vorwiegend unter türkischstämmigen Menschen, von rund 1,2% bei beiden Wahlen, in Favoriten aber über 3%, genauso wie in allen Arbeiterbezirken mit starkem türkischem Anteil. Auch hier zeigt sich die Ablösung der Subalternen von der SPÖ. Inhaltlich ist aber die Kombination von Linksliberalismus mit Erdoganismus kein Rezept zur Verbreiterung, auch bei noch so viel Bemühen.

###

Wozu ist das gut?

Da schlägt man die Gratis- weil Sonntags-Krone auf und auf der Doppelseite 4/5 blicken sie einem entgegen, die Sigi und der Gust. Jetzt, nach geschlagener Wien-Wahl, geben sie der Krone ein Doppelinterview. Da darf man dann lesen, daß Klubobmann Wögeringer den Grünen das zweifelhafte Kompliment macht, in der Koalition als Partner "sehr angenehm" zu sein, während Klubobfrau Maurer auf die provokante Frage des Interviewers, ob angesichts der Wien-Wahl-Ergebnisse den grünen Wählern die Flüchtlingspolitik und speziell Moria vielleicht gar nicht mehr so wichtig seien, meint: "Natürlich ist es unseren Wählern wichtig. Aber wir sind ja in diese Regierung gegangen, um in der Klimafrage etwas weiterzubringen. Ich lese diese Ergebnisse so, dass unsere Wähler zufrieden sind mit der Regierungsarbeit."

Da könnte man fast auf die Frage verfallen, wie die Gemeinderatswahl ausgegangen wäre,

wenn Frau Maurer schon eine Woche früher gesagt hätte, daß es sich dabei nur um eine Testwahl zur Beurteilung der Bundesregierungsperformance gehandelt hat.

Und Maurer wird auch angesprochen auf die — noch aus dem Kabinett Kurz I stammenden — Pläne, in Hinkunft das Arbeitslosengeld degressiv zu gestalten. Denn schon im Juli hatte Vizekanzler Kogler ja ventiliert, eine allfällige Erhöhung der Nettoersatzrate mit eben diesen alten Plänen zu verknüpfen. Maurer ausweichend: "Die Umgestaltung des Arbeitslosengeldes wäre jetzt nicht sinnvoll. Das ist ein Projekt, das Sinn macht, wenn die Beschäftigungskrise überwunden ist. [...] Die Umgestaltung hätte eine Erhöhung am Anfang zum Ziel. Je länger man arbeitslos ist, desto weniger wird es. Das hat aber keinen Sinn, wenn es so wenige Jobs wie jetzt gibt."

Im Juli, wo ganz Österreich damit beschäftigt war, doch noch irgendwie einen akzeptablen Sommerurlaub organisieren zu können, ist das Kogler-Statement untergegangen. Jetzt aber wird klar, daß genau das nach dem Ende der Corona-Krise wieder auf dem Tapet steht — passend zu den dann sowieso auf uns ein-

prasselnden Sparpaketen. Auch da ist klar, daß sowas erst nach dem Schließen der Wiener Wahllokale über die Krone verbreitet werden kann. Pikant ist das vor allem deswegen, weil ausgerechnet Birgit Hebein, die ja nicht nur als Wiener Grünen-Chefin agiert, sondern auch den Bundeskoalitions пакт mitverhandelt hat, betont hatte, daß man in diesen Gesprächen eben diese Degression bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe der ÖVP ausgerechnet habe. Ohne dieses behauptete Zugeständnis der türkisen Schnöseltruppe wäre vielleicht Maurer jetzt gar nicht Klubchefin einer Regierungsfraktion, weil die Parteitage delegierten wohl keine 93% Zustimmung zu dieser Koalition gegeben hätten.

Aber wozu war dieses Interview überhaupt gut? Ja, vielleicht hat die Krone da Druck gemacht, damit diese Story so zustandekommt. Interesse kann aber an so etwas nur die ÖVP haben, um zu zeigen, wie sehr die Grünen unter ihrem Stiefel stehen. Aber ist das Grund genug für die Grünen, nach der Wahl sich so zu präsentieren? Was ist der Zweck dieser Übung?

Naja, vielleicht soll das auch heißen: Wir Grüne sind immer noch keine Regierungsprofis und lassen uns nicht von Spindoktoren beeinflussen, sondern sind auch weiter naiv-patschert — deswegen liebt ihr uns ja!

Oder: Wir sind Garanten für Stabilität und planen schon weiter. Schließlich meint Maurer auf die Frage, ob denn Türkis-Grün ein Projekt für mehr als eine Legislaturperiode sei: "Das kann's jedenfalls sein, ja."

Auch verständlich, weil arbeitslos wird sie ja unter den dann neuen Bedingungen wahrscheinlich nicht werden wollen.

Bernhard Redl



“Das hat Steyr nicht verdient”

Aktionäre gönnen sich 500 Mio. Dividende und wollen 2.400 MAN-Mitarbeiter kündigen

Von Patricia Huber auf Kontrast.at

Tausende gingen auf die Straße, um gegen die geplante Abwanderung der MAN aus Steyr zu demonstrieren. 2.400 Menschen würden dann bei MAN direkt den Job verlieren, mehr als 4.000 Menschen in der gesamten Region sind betroffen. Die Aktionäre des Mutterkonzerns zahlten sich im September eine halbe Milliarde an Dividende aus und die Manager verdienten 11 Mio. Euro.

Noch verhandelt der Betriebsrat, um den Standort zu erhalten – die Gewerkschaft hat die Unterstützung des Streiks bereits beschlossen.

4.000 Menschen ziehen am 15. Oktober durch Steyr, viele von ihnen tragen die MAN-Arbeitskluft. Alle sind fassungslos darüber, dass man so mit ihnen umgehen kann. Im September hat das Management von MAN plötzlich angekündigt, das Werk in Steyr schließen zu wollen. Der Standort hat eine hundertjährige Tradition, jetzt soll er nach Polen und in die Türkei verlagert werden. 2.400 Beschäftigte würden unmittelbar ihre Arbeit verlieren, rechnet man die Zulieferbetriebe mit, sind es sogar mehr als 4.000 in der Region.

Halbe Milliarde Dividende an Aktionäre ausbezahlt

Dabei geht es MAN wirtschaftlich nicht schlecht: Der Umsatz der Konzernmutter Traton in München liegt bei elf Milliarden Euro. Die Aktionäre beschlossen am 23. September, sich 2020 eine halbe

Milliarde Euro Dividende auszuschütten. Die Vorstände kassieren Bezüge von 11 Mio. Euro. Auch das Werk in Steyr schrieb bisher immer Gewinne und lieferte sie nach München ab. Nur im ersten Halbjahr 2020 rutschte MAN kurzfristig ins Minus.

“Sie haben uns angelogen”, sagen viele MAN-Beschäftigte in Steyr. Denn erst Anfang des Jahres hat der Konzern eine Standortgarantie bis 2030 unterschrieben, die Beschäftigte haben dafür Zugeständnisse gemacht: Auf Überstundenzulagen verzichtet, Pausen gestrichen und mehr produziert. Zwei LKWs mehr pro Tag werden jetzt in Steyr gebaut, ohne dass die Beschäftigten einen Euro mehr Lohn dafür bekommen.

Bis 2023 will der Konzern den Standort schließen. Die Schließung in Steyr ist Teil eines Mega-Sparprogramms. “Was sagen eigentlich die österreichischen Eigentümerfamilien Porsche und Piech dazu?”, fragt der Betriebsrat. Denn MAN gehört zu 94,36% der Volkswagen AG, die wiederum mehrheitlich im Besitz der Milliardärsfamilie Porsche-Piech steht. Sie sind 37 Mrd. Euro schwer.

11 Millionen Staatshilfen und Förderungen

Dazu kommt, dass MAN Corona-Staatshilfen von rund 11 Mio. Euro bekommen hat, die Mitarbeiter waren in Kurzarbeit. Auch sonst flossen in den letzten fünf Jahren rund vier Mio. Euro an öffentlichen Förderungen an den Konzern, vor allem für die E-Mobilität.

Die Beschäftigten sind kampfbereit. Viele von ihnen sind seit über 20 Jahren im Betrieb und fürchten sich vor der Kündigung. “Ich bin 52, das ist ein wirklich blödes Alter, um arbeitslos zu werden”, sagt ein Kfz-Mechaniker. “Warum müssen wir für das Managementversagen bezahlen?”, fragen zwei IT-Mitarbeiter. Seit fünf Jahren habe es ständige Richtungswechsel in der MAN-Strategie gegeben, das Management sei dabei immer weiter aufgeblasen

Brauer: 1% Lohnerhöhung?

Das war zu erwarten: Der KV-Anschluß der Metaller, der dank Corona ohne Verhandlungen mit 1,45% über die Bühne ging, hat natürlich verheerende Folgen für die weiteren Kollektivvertragsverhandlungen. Schließlich gilt seit Urzeiten, daß der Metallerabschluß eine Meßlatte für die weiteren Verhandlungen ist und zwar insofern, daß die nachfolgenden Branchen darunter abschließen. Der Bären dienst der Metallergewerkschaften dürfte jetzt auch den anderen Gewerkschaften klargeworden sein.

Aus einer Aussendung der GPA: “Am 15. Oktober wurde die vierte Verhandlungsrunde für einen Kollektivvertragsabschluss für die rund 3.500 Beschäftigten der Brauereien ohne Ergebnis unterbrochen. Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp haben deshalb gestern, Montag, eine BetriebsrätInnenkonferenz einberufen. Für die rund 70 TeilnehmerInnen stand fest, dass man das Arbeitgeber-Angebot von 1 Prozent Lohnerhöhung nicht hinnehmen werde. Bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 23. November werde man daher gewerkschaftliche Maßnahmen auf betrieblicher Ebene nutzen und die Belegschaften informieren. ‘Wird auch in der fünften Verhandlungsrunde kein ordentliches Angebot vorgelegt, wird sich die Frage stellen, ob es zu Weihnachten ausreichend Bier gibt’, sagen die Verhandlungsleiter auf ArbeitnehmerInnenseite, Anton Hiden (PRO-GE) und Bernhard Hirnschrodt (GPA-djp).”

Und kurz vor Weihnachten werden uns die selben Leute erklären, daß es ein großartiger Erfolg sei, mit 1% abgeschlossen zu haben und noch eine Einmalzahlung von 100 Euro herausgeschunden zu haben. *-br-*

worden. "Die Manager denken emotionslos, denen geht es nur ums Abcasher", sagt ein MAN-Mechaniker. Da sei aber auch die Politik gefordert, das zu verhindern.

MAN ist einer der größten Arbeitgeber in Steyr, hier kennt fast jeder jemanden, der im LKW-Werk arbeitet. An der Demonstration nahmen nicht nur MAN-Mitarbeiter teil, sondern auch Beschäf-

tigte bei BMW, SKF und aus dem Chemiapark in Linz. "Wir halten zusammen", sagen sie. Der ÖGB hat letzte Woche den Streikbeschluss gefällt, wie Pro-Ge-Gewerkschafter Rainer Wimmer in Steyr bekannt gab. "Wir sind bereit zu streiken, um das Werk zu erhalten", sagt jeder, den man fragt. *(gek.)*

<https://kontrast.at/man-steyr-demo-rendi-wagner/>

Aktionen für eine öko-soziale Wende

Die Zahlen sprechen für sich: In Reaktion auf die Wirtschaftskrise werden Milliarden in die Hand genommen, um das bestehende System und die Profite der Eliten zu retten – alleine: bei denen, die die Folgen der Krise am schärfsten trifft, kommt zu wenig an.

Dutzende Aktivistinnen und Aktivisten unterschiedlichster gewerkschaftlicher, linker, souveränistischer und umweltbewegter Organisationen trafen sich am Samstag den 17.10. um gemeinsame Antworten auf die derzeitige wirtschaftliche und soziale Krise zu diskutieren und wie eine linke Opposition den nötigen Bruch mit dem neoliberalen System und dem Dogma der Austeritätspolitik, hin zu einer sozio-ökonomischen Wende organisieren kann.

Folgende Forderungen könnten sich als Konsens etabliert haben, werden aber noch gemeinsam zu diskutieren sein:

- Arbeitslosengeld dauerhaft rauf auf 80% erhöhen, für eine existenzsichernde Mindestsicherung und die Anhebung der Mindestlöhne
- Gegen weitere Kündigungen, Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine gerechtere Verteilung von Erwerbsmöglichkeiten und die Einführung der 35-Stundenwoche bei Vollem Lohnausgleich
- Lohnerhöhungen in den Niedriglohnsektoren, insbesondere im Sozial-, Pflege- und Gesundheitsbereich, sowie in anderen frauendominierten Branchen, wie dem Handel und dem Gastgewerbe und eine Entprekarisierung der im privaten Haushalt tätigen Pflegekräfte sowie der Leiharbeiter_innen und Erntehelfer_innen.
- Wohnraumsicherung für alle jene, die durch die Corona-Pandemie nunmehr von der Delogierung bedroht sind. Baut neue Gemeindewohnungen: Für massive öffentliche Investitionen in leistbaren Wohnraum.
- Für ein massives öffentliches Investitionsprogramm in Gesundheit, Pflege, Soziales, Bildung, Umwelt und öffentlichen Verkehr – keine Investitionen mehr in fossile Großprojekte
- Öffentliche Industriepolitik – ungeachtet der EU-Freihandelsverträge, die diesen Konzepten entgegen stehen – damit wir aus der Krise zur Vollbeschäftigung und zur ökosozialen Wende kommen.

Auf der wurden mehrere Aktionen beschlossen. Die unmittelbar nächste ist ein Protest gegen das aktuelle Bundes-Budget, das am 20.11.20 beschlossen werden soll. Diese gilt es vorzubereiten, genauso wie Aktionen zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes, gegen den Lobautunnel sowie für leistbare Mieten. Der Ort des Treffens wird noch bekanntgegeben, da er auf die neuen Corona-Bestimmungen abgestimmt sein muss.

Quelle und nähere Infos: <http://www.selbstbestimmtes-österreich.at/>

Die Impfgegner freuen sich schon

Die Arzneimittelzulassungsstellen riskieren mit der Coronakrise gerade ihren guten Ruf

Manchmal muß man wirklich den Eindruck gewinnen, die hohe Politik will es den Verschwörungstheoretikern und Impfgegnern möglichst leicht machen. Nein, natürlich werden auch weiterhin keine RFID-Chips verimpft und die Impfungen dienen auch nicht dazu, die Bevölkerung steril zu machen und autistisch wird man davon ebenfalls nicht. Aber seriöse Pharmapolitik sieht auch anders aus.

Befeuert durch Aussagen unseres Bundesmaturanten wie auch weltweit vieler seiner Amtskollegen, daß ein normales Leben erst mit der Ausgabe eines Impfstoffs möglich sein wird, wird derzeit ein bisserl verdächtig viel beschleunigt in den Zulassungsverfahren. Während früher galt, daß ein solches Verfahren erst nach Abschluß aller Studien gestartet könne, setzt jetzt unter anderem die Europäischen Arzneimittelagentur EMA auf "Rolling Reviews", also daß mit einem Zulassungsverfahren begonnen wird und die erhobenen Studien- und Daten jeweils aktuell während des laufenden Verfahrens nachgeliefert werden.

Man muß kein Mediziner sein, um sich der Gefahr bewußt zu werden, daß die Qualität dieser Verfahrens leiden wird. Dazu kommt aber noch, daß nicht nur die Impfstoffe, sondern bisweilen auch die Impfansätze selbst experimentell sind. Seit Anfang Okt-

ober sind drei Impfstoffe in diese EMA-Verfahren aufgenommen worden, wo aber nur einer ein klassischer Aktiv-Schutz auf der Grundlage von Schimpansen-Viren ist, während die anderen beiden RNA-basiert sind, also auf Gen-fähren setzen. Experimente mit solchen RNA-Impfstoffen gibt es schon seit 30 Jahren, aber nie schaffte es irgendein Präparat gegen Influenza, Tollwut oder gar Krebs bis zur Zulassung irgendwo auf der Welt. Und jetzt soll ein solcher Impfstoff im Eilverfahren Wirksamkeit und Sicherheit bescheinigt bekommen?

Es hat gute Gründe, warum auch dringend benötigte neue Impfstoffe genau und in langwierigen Verfahren untersucht werden. Und es hat wohl auch Gründe, warum RNA-Impfstoffe bislang an diesen strengen Kriterien scheiterten.

Wenn das jetzt so durchgeboxt wird, weil Politik und Kapital möglichst schnell wieder zum normalen Leben zurückkehren wollen, bringt das nicht nur gesundheitliche Gefahren mit sich, sondern es wird auch enormer Kampagnen bedürfen, um die Seriosität dieser Impfstoffe glaubhaft zu machen. Und trotzdem wird die Zahl der Impfverweigerer jene bei bisherigen Präparaten bei weitem übersteigen. Die Folgen werden sein, daß einerseits die Impfskepsis auch bei nachgewiesenermaßen wirksamen und sicheren Impfstoffen gegen andere Krankheiten ansteigen wird und andererseits die Debatten um eine Impfpflicht befeuert werden. Ersteres könnte uns eine Rückkehr längst überwunden geglaubter Infektionen bringen, letzteres ein neuerliches Ausrasten der Staatsgewalt.

Das kann eigentlich niemand wollen. Außer vielleicht den Verschwörungstheoretikern, die sich dann bestätigt fühlen und auch wieder mehr Zulauf bekommen.

-br-

Zum Weiterlesen:

<https://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Corona—Ein-genbasierter-Impfstoff-solls-richten>

<https://www.pharmazeutische-zeitung.de/zweiter-corona-impfstoff-wird-ueberprueft-120924/>

<https://www.pharmazeutische-zeitung.de/ema-beginnt-mit-der-beurteilung-120841/>

https://de.wikipedia.org/wiki/RNA-Impfstoff_inclusive_der_dort_angefuehrten_Quellen

w w w e b t i p s

Corona-Kollateralien

Samstagnachmittag, Wien Westbahnhof. Mindestens sechs Minuten lang fixieren drei weiße Securities der Wiener Linien einen schwarzen Mann in der Halle neben dem Aufgang zur U6. Ein Handy-Video der Szene zeigt das Vorgehen der Sicherheitsleute: Ein Security knallt den bereits wehrlos fixierten Mann mit dem Gesicht voran Richtung Steinboden.

Das schildert Michael Bonvalot auf seinem Blog. Die Wiener Linien rechtfertigen sich, der Mann hätte keinen MNS getragen und wäre aggressiv geworden, weswegen ihn man bis zum Eintreffen der Polizei festhalten hätte müssen. Das Video und auch die von Bonvalot dokumentierten Zeugenaussagen sagen allerdings etwas anderes.

Allerdings ist das nicht der erste dokumentierte Fall auszukender U-Bahn-Securitys mit der Argumentation mangelnder Maskierung. Schon im Juni gab es einen ähnlichen Vorfall, aufgezeichnet durch eine Überwachungskamera, über den auch der ORF berichtete. Wie oft derlei vorkommt, wenn keine Kameras dabei sind oder nicht ausgewertet werden, kann man nur raten.

<https://www.bonvalot.net/der-mann-hat-um-hilfe-geschrien-8211/>

<https://wien.orf.at/stories/3058506>

Das saturierte Milieu der Klimabewegung

Gerhard Mersmann schildert auf der deutschen Plattform "Neue Debatte" etwas, was allen Linken eigentlich eh klar sein sollte, aber vielleicht doch hie und da auch wieder mal Erwähnung finden kann — gerade im Zusammenhang mit der Klimadebatte:

"Die und die ihnen innewohnenden Triebkräfte, die Maximierung von Gewinn durch Marktwachstum, haben nicht nur zunehmend Milliarden von Menschen in die Verelendung getrieben, sondern auch durch die Absurdität von Lieferketten auf der anderen Seite eine Ressourcenverschwendung sondergleichen hervorgebracht. Da ist die Zuspitzung des Konkurrenzkampfes durch Kriege um Einflussgebiete und Rohstoffe, die zunehmend das Zeug haben, aus lokalen globale kriegerische Auseinandersetzungen zu provozieren. Da ist der in diesem Zusammenhang zu erwähnende Versuch, die weitgehend im 20. Jahrhundert dekolonisierte Welt von neuem zu kolonisieren. Und da ist der mit den genannten Faktoren direkt zusammenhängende Trend, die globalen klimatischen Verhältnisse in eine Richtung zu entwickeln, dass die humane Besiedlung des Planeten auf Sicht einem Ende zutreibt. Können die genannten Erscheinungen voneinander getrennt werden? Nein. Denn alles hängt mit allem zusammen. Man kann nicht gegen den Klimawandel sein, ohne sich mit den und ihrer Logik, ohne die Verschwendung hier und die mangelnde Möglichkeit zu ökologischem Verhalten dort zu betrachten. Genauso wenig kann die rabiate Bergung von Ressourcen davon getrennt werden, ohne die verheerende Wirkung von Kriegen damit zu verknüpfen. Der Konnex von Produktion, Rohstoff, Ausbeutung, Zerstörung und Vernichtung ist offen-

sichtlich. Wer die Welt verändern will, kann davor die Augen nicht verschließen.“

Aber wenn es doch so offensichtlich ist, warum muß man das dann noch so betonen? Nun der Text von Mersmann trägt den Titel “Klimabewegung: Stillstand!” und er stellt darin fest, daß eben diese Bewegung genau gar keine Analysefähigkeit habe und genau diese Zusammenhänge nicht sehen wolle. Was vielleicht auch mit einem Nicht-Sehen-Wollen beim “saturierten Milieu der Klimabewegung” zu tun haben könnte — und auch damit, daß man sich Aufstiegschancen innerhalb des etablierten politisch-ökonomischen Systems nicht verbauen will: “Eben jenen Aspekt griff der Grünen-Politiker Robert Habeck auf, indem er anbot, aussichtsreiche Listenplätze seiner Partei den Protagonisten der Bewegung bei der nächsten Bundestagswahl zur Verfügung zu stellen. Geht doch! Die Karriere winkt, die Bewegung weilt im Stillstand.”

<https://neue-debatte.com/2020/09/29/klimabewegung-stillstand/>

Arme reiche Gräfin

Generell zu empfehlen ist die regelmäßige Kolumne des Heute-Chefredakteurs Christian Nusser. Auch wenn das Gratisblatt, das er redigiert, eher Schrott ist, sind seine “Kopfnüsse” meist Genüsse. Die Schilderung, wie scheinreich eine österreichische Kaufhaus-Gräfin ist, die ab und an auch völlig selbstlos notleidenden Jungpolitikern finanziell unter die Arme greift, geht so an: “Die Sorgen der einfachen Leute beuteln mich immer am meisten her. Zum Beispiel Heidi Goëss-Horten. Sie hat sich in diesen für uns alle so schweren Zeiten dazu durchgerungen, ein Schloss zu kaufen, genau genommen nur einen ‘neuen Wintersitz’ mit ‘viel Sonnenschein’, wie sie der ‘Kleinen Zeitung’ in einem Interview verriet. Wenn die Wirtschaft darniederliegt, muss man Opfer bringen und da tut es gut, wenn Mäzene ihr sauer verdientes Geld in notleidende Branchen stecken, etwa in den Immobilienmarkt für gehobenes Gemäuer.”

Eine Gräfin braucht schließlich ein Schloß und da sind 2000 Quadratmeter Wohnfläche das Mindeste. Und eine 160-Millionen-Yacht im Mittelmeer. “Der U-Ausschuss zur Ibiza-Affäre weiß jetzt wenigstens, warum Heidi Goëss-Horten nicht erscheinen konnte, sie war einfach zu busy. Zweimal war sie geladen, zwei Mal sagte sie ab, zuletzt mit einem sehr herzlichen Brief, der gegen Ende hin in der Empfehlung gipfelte, man mögen sie fürderhin nicht weiter belästigen. ‘In Bedachtnahme auf meinen Gesundheitszustand’, schrieb sie, ‘bitte ich sie von weiteren Ladungen abzusehen’. Bettlägrig ist nun aber auch wieder nicht, bis zu ihrem neuen Wintersitz im Sonnenschein schaffte sie es immerhin.”

<https://story.heute.at/geschlossene—gesellschaft/>

Eine Antwort

Zur Debatte über “Corona-Leugner” in akin 17 und 18/2020

So, lieber Bernhard, eine Antwort kriegst Du noch — soll ja kein Zwiegespräch werden! Also wenn ein Artikel mit –br- gezeichnet wurde, dann respektiere ich das, weil ich annehme, dass es dafür auch Gründe gibt.

Jetzt aber gleich zum Inhaltlichen: meinen Beitrag habe ich geschrieben, weil ich der Meinung war — und noch immer bin, dass Deine Verortung von Corona-Leugnern durch den Main-Stream nicht sauber war. Ich habe einige Merkmale von Corona-Leugnern vorgeschlagen, auf die Du leider mit keiner Silbe eingehst. Stattdessen gibst Du von Dir eine abschätzige und gleichzeitig entlarvende Feststellung über die Kritik von SPÖ und Neos, die Corona “in seiner Gefährlichkeit irgendwo zwischen der Spanischen Grippe und der Pest” verorten würden.

Auch wenn Du’s nicht glauben wirst — das macht faktisch niemand! Das Mortalitätsrisiko von Covid19 wird aber in faktisch allen Studien als deutlich höher als bei einer durchschnittlichen Grippe-Epidemie eingeschätzt, liegt aber durchaus im Bereich der Spanischen Grippe (1). Wenn Du da Einspruch einlegen willst, dann belege es bitte!

Eine der Tücken dieses Virus liegt darin, dass die Infektiosität schon dann vorhanden sein kann, wenn man noch gar keine Symptome bemerkt — was die Ausbreitung begünstigt. Du schreibst, dass es sehr wohl seriöse Kritiker gäbe, “die die Maßnahmen generell als kontraproduktiv sehen und völlig unangemessen”. Wie darf

ich das verstehen? Alle Maßnahmen unangemessen? Oder welche im besonderen – generell? Die Abstandsregel? Das Händewaschen? Die Maske? Und vor allem: wer ist für Dich ein seriöser Kritiker, der von unsereins mit Verschwörungstheoretikern und wirklichen Nazis über einen Kamm geschert wird, wie Du behauptest?

Der Univ.Prof. Andreas Sönnichsen von der MedUni Wien vielleicht? Vor wenigen Tagen hat er etwa vor einer völlig überzogenen Angst vor Corona gewarnt und den Mund-Nasen-Schutz bezweifelt (2). Beides ist bedenkenswert, keine Frage. Im April dieses Jahres hat er aber den Mund-Nasen-Schutz als gelinderes Mittel geradezu eingefordert:

“Die Mundschutzpflicht hätte man sofort einführen können. Mit dieser banalen Maßnahme, senkt man das Infektionsrisiko um mindestens 30 Prozent. Abstand halten alleine reicht nicht. Auch Schutzbrillen für Kassiererinnen im Supermarkt wären wichtig” (Die Presse, 2.4.2020)

Natürlich gilt auch für den Universitätsprofessor, dass man gescheiter werden darf. Was mich aber stört, sind die sonstigen Aussagen des Univ.Prof. Sönnichsen im April: Vorsorgeuntersuchungen wie die Koloskopie fand er damals gar nicht so wichtig – auch die Besuche beim Arzt nicht:

“Vielleicht hat Corona einen

positiven Effekt, weil wir lernen, dass es sogar gescheiter sein kann, nicht zum Arzt zu gehen”.

Na super! Gut, das sind jetzt einige Aussagen des Univ.Prof. Sönnichsen, die mir nicht gefallen oder ziemlich anders klingen als noch vor wenigen Monaten. Es gibt auch andere Ärzte, die meiner Ansicht nach völlig falsch liegen – und damit meine ich nicht nur den Peer Eifler aus Bad Aussee, der gegen eine Gebühr Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht ausgestellt hat, obwohl er die “Befreiten” nie gesehen, geschweige denn untersucht hat.

Die von der Politik gesetzten Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus würden einer eigenständigen Erörterung bedürfen. Nur so viel hier: auch wenn einzelne Polizisten oder wildgewordene Security-Typen den pandemischen Anlass nutzen, Grenzen überschreiten bzw. prügeln – wir haben keinen Polizeistaat! Oder siehst Du Österreich auf der gleichen Stufe wie Belarus?

Wenn jemand in einem öffentlichen Verkehrsmittel bewusst keine Maske trägt und dafür keinen medizinischen Grund hat, dann ist er oder sie wohl in der Regel ein egoistisches Arschloch, dem die anderen und deren Ängste oder auch Sicherheitsbedürfnisse egal sind. Ein durchgeknallter Nazi oder Verschwörungstheoretiker ist er/sie damit noch

nicht. Deine Wehleidigkeit in dieser Hinsicht befremdet mich sehr!

Mehrmals in Deinem Beitrag jammerst Du darüber, dass die seriösen Kritiker (Wer bitte?) über einen Kamm geschert werden mit Verschwörungstheoretikern und wirklichen Nazis. Du bemitleidest Dich dann sogar damit, dass Du Dir den “ganzen Unfug mit QAnon und Kinderfresserei” anhören musst. Erstens: das ist nicht bloß Unfug, das ist tatsächlich ein giftiges Gebräu aus Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und rechtsextremen Versatzstücken mit Donald Trump als Erlöser. Zweitens: Das muss man sich nicht anhören, weil das auch gar nichts mit “seriöser Kritik” zu tun hat. Drittens: Wer bei Demos mitmacht, die von Rechtsextremen und Neonazis organisiert werden bzw. bei denen Rechtsextreme, Neonazis, Verschwörungsheinis (Liste ist erweiterungsfähig) als RednerInnen auftreten, der verhilft nicht seriöser Kritik an Corona-Maßnahmen zum Durchbruch, sondern den genannten Gruppen zu Akzeptanz. So einfach ist das manchmal wirklich!

P.S.: Deine Ausführungen über fehlende linke (Protest- oder Widerstands-)Narrative müssen wir ein andermal besprechen!

Karl Öllinger

(1) https://de.wikipedia.org/wiki/Basisreproduktionszahl#Nettoreproduktionszahl_am_Beispieler_COVID-19-Pandemie_in_Deutschland

(2) https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201007_OTS0081/mediziner-angst-vor-corona-voellig-ueberzogen

UKRAINE: Hexen- jagd

Von Jürgen Kräftner, *Europäisches BürgerInnenforum Ukraine*

Vor dem Hintergrund des Krieges im Donbas haben sich die ukrainische Gesellschaft und die öffentliche Diskussionskultur in den letzten Jahren verändert. Kürzlich mussten wir schmerzlich erfahren, wie stark sich Hass und Intoleranz gegenüber vermeintlichen «Verräter-inne-n» sogar in intellektuellen Kreisen verbreitet haben.

Die Ukraine ist seit sechs Jahren im Donbas in einen Krieg mit von Russland unterstützten Separatisten verwickelt. Beinahe täglich sterben Menschen. Millionen sind aus den besetzten Gebieten und der Konfliktzone in andere Teile der Ukraine geflüchtet, andere überleben in prekären Verhältnissen nahe der Demarkationslinie. Der kriegerischen und patriotischen Rhetorik des ehemaligen Präsidenten – und Oligarchen – Petro Poroschenko (2014 – 2019) hat das Wahlvolk im vergangenen Jahr eine klare Absage erteilt. Die ersten Monate der Präsidentschaft Selenskyjs brachten zwei wichtige Gefangenenaustausche und einen Normandie-Gipfel mit Putin, Merkel und Macron. Seither sind die Friedensbemühungen ins Stok-

ken geraten, die Ende Juli ausgerufenen Waffenruhe wird, ähnlich wie frühere Versuche, nicht eingehalten. Selenskyjs zweites Regierungsjahr lässt keinen Zweifel daran, dass sich die Ukraine erneut in einer Periode politischer Stagnation befindet.

Verbot

Die 1987 in Wolgograd (Russische Föderation) geborene Journalistin Kateryna Sergatskova lebt seit 2008 in der Ukraine, 2015 erlangte sie die ukrainische Staatsbürgerschaft. Für ihre Reportagen hat sie mehrere internationale Auszeichnungen erhalten. 2018 gründete sie mit einigen Kolleg-inn-en eine unabhängige Internet-Plattform mit dem programmatischen Namen «Zaborona» (Verbot). Zaborona greift tabuisierte gesellschaftliche Fragen auf und interessiert sich für marginalisierte Teile der Bevölkerung. Damit erfüllt sie zu Zeiten des verschärften Freund-Feind-Denkens eine Lücke, wird aber auch sehr angefeindet. Am 13. Juli musste Sergatskova mit ihren beiden noch nicht schulpflichtigen Kindern und ihrem Mann nach Morddrohungen die Ukraine fluchtartig verlassen. Diese Eskalation hatte mit einem Artikel über den russischen Staatsbürger Denis Nikitin am 2. Juni begonnen. Nikitin war 2001 im Alter von 17 Jahren mit seinen Eltern nach Köln emigriert und hat sich dort einer Hooligan-Gruppe angeschlossen. Inzwischen ist er in der internationalen rechtsextremen Szene einflussreich und hat mit seinem Netzwerk White Rex gute Verbindungen zur NPD in Deutschland und zur PNOS (Partei National Orientierter Schweizer) in der Schweiz.

Seit 2017 lebt er in der Ukraine. Anfang dieses Jahres wurde ihm die Einreise in die Schengenzone verboten. Die Verbindungen russischer und ukrainischer RechtsextremistInnen sind an sich nichts Neues, aber sie stehen natürlich im Widerspruch zum martialisch-antirussischen Diskurs der ukrainischen NationalistInnen. Am Tag nach der Veröffentlichung bemerkte die Redaktion von Zaborona, dass die Reportage über Nikitin ohne Erklärung von ihrer Facebook-Seite verschwunden war, das Profil der zuständigen Redakteurin und die Monetarisierung waren blockiert. Nach mehreren Nachfragen entschuldigte sich die Moderation von Facebook und erklärte, der Beitrag sei irrtümlich gesperrt worden. Am folgenden Tag war der Beitrag wieder zu sehen. Wie der Irrtum passiert ist, blieb aber bisher unerklärt.

StopFake

Von dem Moment an begann Zaborona sich dafür zu interessieren, wer für die Kontrolle der ukrainischsprachigen Inhalte auf Facebook zuständig ist und stiess dabei auf «StopFake». StopFake wurde 2014 von Kiewer Publizistik-Student-innen gegründet, in erster Linie um manipulative, anti-ukrainische Propaganda aufzudecken. Seit Ende März 2020 kooperiert StopFake mit Facebook in der Aufdeckung von Manipulation und Desinformation. StopFake wird von zahlreichen internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen unterstützt, darunter der Soros-Stiftung. Es passt allerdings schlecht zu diesem guten internationalen Image, dass der

Chefredakteur und der für die englischsprachigen Publikationen von StopFake zuständige Redakteur ihre Sympathie für Anhängerinnen der White Supremacy und zu Holocaust-Leugnerinnen immer wieder öffentlich zur Schau gestellt haben. Am 3. Juli veröffentlichte Zaborona einen ausführlichen Artikel mit zahlreichen Fotos über StopFake und deren Verbindungen zur Naziszene. Die Reaktionen waren heftig. StopFake schrieb von Rufmord und pro-russischer Propaganda, was angesichts der Furcht um den Verlust der internationalen Sponsorinnen durchaus verständlich ist. In den sozialen Netzwerken nahmen die Angriffe rasch einen persönlichen Charakter an. Sergatskova wurde, in Hinblick auf ihre Abstammung, als russische Agentin verunglimpft. Aber auch zahlreiche Intellektuelle stellten in Frage, ob Zaborona das Recht habe, die Nazi-Verbindungen von StopFake anzuprangern.

Morddrohungen

Am 11. Juli nahm diese vorwiegend in den sozialen Netzwerken geführte Diskussion eine brutale Wendung. Ein Blogger mit über 130'000 Followers beschimpfte Sergatskova in seinem Beitrag unflätig, nannte sie eine russische Agentin und schlechte Mutter, die so schnell wie möglich aus dem Land gejagt werden sollte. Er fügte Fotos mit ihrem fünfjährigen Sohn und ihrem vermeintlichen Wohnsitz ein. Dies führte zu einer Welle von Morddrohungen. Zwei Tage danach brachte sich Sergatskova mit ihrer Familie im Ausland in Sicherheit. Daraufhin solidarisierten sich mehrere internationale Organisationen und einige ukrainische Medienvertreterinnen mit Sergatskova und verlangten, dass die Sicherheit der Journalistin und ihrer Familie gewährleistet würde und dass die Justiz auf die

Anzeige Sergatskovas gegen den erwähnten Blogger eintreten sollte, was diese binnen eines Monats nicht getan hatte. Der deutsche Medienexperte Christian-Zsolt Varga vom internationalen Journalistinnen-Netzwerk *not* machte auf eine weitere Nuance aufmerksam, die diese Geschichte enthüllte. «Wenn es um Qualitätsjournalismus geht, kann man die Probleme im eigenen Land nicht nur deshalb ignorieren, weil sie der russischen Propaganda in die Hände spielen können», sagte Varga gegenüber der Deutschen Welle.

Nicht «richtig» denken

Viele europäische Länder haben mit rechtsextremen Gruppen zu kämpfen, aber Kritikerinnen sagen, dass sie in der Ukraine zu sehr toleriert werden, weil sie mit dem intellektuellen Mainstream des Landes einen gemeinsamen Feind haben: Russland. Die Vorstellung, dass die Ukraine ein rechtsextremes Problem hat, wird wiederum durch die russische Staatspropaganda verstärkt und verzerrt, welche die Maidan-Revolution der Ukraine im Jahr 2014 oft fälschlicherweise als faschistischen Putsch bezeichnet. Nach mehreren Wochen des Schweigens äusserte sich die Betroffene Anfang August 2020 selbst zu den Vorfällen:

«...Die unangenehmste und sogar schrecklichste Beobachtung ist, dass wir noch im Jahr 2016 ausschliesslich von Marginalen und Verrückten beschuldigt wurden, 'für den Kreml zu arbeiten'; heute wird uns diese Etikette auch von intelligenten, klugen Menschen angehängt. Allein der Gedanke, dass das Ansprechen komplexer, kontroverser Themen sowie Kritik bedeutet, dem Feind zu helfen, legitimiert die Entmenschlichung und erlaubt, Gewalt zuzulassen. Der Teufel beginnt mit Schaum auf den Lippen eines Engels, der für eine

heilige, gerechte Sache in den Kampf gezogen ist. Heute geschieht es aus irgendeinem Grund so: Wenn Sie etwas gegen den Wind sagen, wird man Ihnen auf jeden Fall sagen, dass Sie nicht richtig denken. Denn unter den Bedingungen des Krieges sollte man bestimmte Gedanken nicht zulassen. Wenn Du dieses Prinzip einmal akzeptiert hast, wirst Du es wieder und wieder akzeptieren. Es gibt einen Filter in Dir, der Deine Meinung filtert, bevor Du sie öffentlich kundtust. Und Du wirst jeden Gedanken bearbeiten, und Dich fragen, ob er jemand nicht passen könnte und zögern, und denken, vielleicht habe ich wirklich falsch gedacht. Und dann findet man sich in einer Gesellschaft wieder, in der niemand sagt, was er denkt. Wo ernsthafte, gefährliche Fragen mit Sarkasmus ausgedrückt werden. Gewalt wird alltäglich. Für mich ist das wichtigste Kennzeichen der Freiheit, über alles in Sicherheit reden zu können. Nachdenken, diskutieren und kritisieren, Alle und Alles. Niemand hat das Monopol darauf, Recht zu haben. Der sichere Raum für solche Diskussionen ist (bei uns) praktisch verloren. Deshalb wird Zaborona weiterhin an komplexen Themen arbeiten. Wir werden schreiben, worüber andere schweigen. Über unbequeme und unangenehme Dinge sprechen – damit wir uns am Ende zum Besseren verändern und der Hass nicht länger unsere Zukunft bestimmt.»

(19.09.2020, aus Archipel 295)

Termine

Ständiges

criticalmass.at in Wien jeden 3. Freitag im Monat – Treffpunkt 16:30 Uhr am Schwarzenbergplatz. 17:00 Abfahrt

Graz: jeden letzten Freitag im Monat – Treffpunkt 16:30 Uhr am Südtirolerplatz

Die bis vor einem halben Jahr hier präsente Rubrik "Ständiges" macht coronamaßnahmenbedingt derzeit immer noch wenig Sinn. Wir bitten aber Gruppierungen, die jetzt wieder turnusmäßige Veranstaltungen haben, darum, uns das zu melden, damit wir diese Rubrik wieder aktuell aufbauen können.

Corona-Anmerkungen

Generell gilt, daß man sich derzeit nicht sicher sein kann, ob eine Veranstaltung auch wirklich stattfindet – was weiß man schon?

Veranstaltungen im Depot: Aufgrund der Covid-19-Maßnahmen gibt es eine stark eingeschränkte Zahl an Plätzen, daher ist die Teilnahme derzeit NUR nach Voranmeldung möglich. Bitte eine Mail senden mit: Betreff: Anmeldung + Datum der Veranstaltung an: depot@depot.or.at. 1070 Breite Gasse 3

Veranstaltungen im Aktionsradius: Anmeldung erforderlich per mail an: office@aktionsradius.at,

Veranstaltungen im Republikanischen Club – Neues Österreich/Rep.Club: Alle Herbst-Veranstaltungen werden per Video aufgezeichnet. In den Veranstaltungsräumlichkeiten können derzeit nur eine beschränkte Zahl an Personen anwesend sein. Wer anwesend sein möchte, bitte vorher mit Email unter offi-

ce@repclub.at anmelden. Bitte im Publikum MNS tragen! Der Rep.Club hat seit Sommer 2020 einen eigenen YouTube KANAL, auf dem alle aufgezeichneten Veranstaltungen (seit 2009) abrufbar sind, auch jene, die länger nicht mehr abrufbar waren: <https://www.youtube.com/channel/UCloemhSWTq3UKfs7bKVC3LA/videos>. 1010 Rokkkg.1/Eingang Cafe Hebenstreit

SLP - die Treffen finden sehr unterschiedlich statt, in den Lokalen, auf Zoom etc. Vorher unter www.slp.at/kalender, wo bzw. wie Treffen stattfinden. Unter slp@slp.at die Einwahldaten für Online-Treffen erfragen.

Derzeitiges

Seit 22. September halten die Omas gegen Rechts täglich zwischen 10 und 16 Uhr eine Mahnwache am Ballhausplatz ab – bis, so sagen sie, die Bundesregierung ihre menschenverachtende Haltung aufgibt und Menschen aus Moria nach Österreich holt.

Online-Ringvorlesung der Universität Wien: Rüstungsforschung und Perspektiven für eine Zukunft ohne Krieg. Bis 20. Jänner 2021, jeden Mittwoch von 18.30 bis 20.00 Uhr. Ein Vertreter der "Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg" wird am 9. Dezember 2020 zum Thema: "Österreichs Neutralität als wichtiger Friedensbeitrag und die Rolle von Gewerkschaften" referieren. Mehr Infos unter:

<https://ufind.univie.ac.at/de/course.html?lv=260068&semester=2020W>. Der Link zur Online-Teilnahme:

<https://lists.riseup.net/www/info/stugeru.vo>. Personen können sich über diesen Link zum Verteiler anmelden. Hier werden Vorbereitungsunterlagen und Links zu den Online-Videokonferenzen geteilt.

Donnerstag, 22.10.

Weinhaus Sittl, Pelikan Stüberl, 19,30, Texte und Lieder über und für den Frieden: Friede, nur ein Wort? 1160 Lerchenfelder Gürtel 51

Montag, 26.10.

Gedenkkundgebung für die Deserteure und Wehrdienstverweigerer, allen voran an

Richard Wadani! Beginn um 9h! ; Dauer: 30 Minuten. Ort: Deserteurdenkmal. Einlader: KZ-Verband Wien und NÖ. Anschliessend fahren wir wie immer zur Gedenkkundgebung. - Siehe Veranstaltung unten!

Gedenkstein im Donaupark, ab 11h: Es wird ein trauriger Nationalfeiertag in Kagran. Die erste Gedenkveranstaltung ohne Richard Wadani. Und dennoch gilt: Nie wieder Gleichschritt! Das Personenkomitee »Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz« lädt herzlich zur 19. Gedenkveranstaltung an der ehemaligen Hinrichtungsstätte auf dem Gelände des Militärschießplatzes Kagran ein. Dort starben zwischen 1938 und 1945 Hunderte wegen Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilte Wehrmachtssoldaten im Kugelregen von Exekutionskommandos. Wir treffen uns zum Gedenken an alle ungehorsamen Soldaten und ZivilistInnen, die von Wehrmacht und SS ermordet wurden.

Anfahrt: U1 bis Alte Donau, Ausgang Arbeiterstrandbadstraße, rechts halten, etwa 400 Meter Richtung Nordwesten, dann in den Donaupark einbiegen. Der Gedenkstein befindet sich auf dem parallel zur Arbeiterstrandbadstraße verlaufenden Parkweg. Hinweis: Es wird seitens der VeranstalterInnen heuer keinen Kranz geben. Wir bitten alle Schnittblumen der eigenen Wahl mitzunehmen um diese am Ende der Veranstaltung als Form des Gedenkens beim Denkmal abzulegen. Infos www.deserteursdenkmal.at

TAG DER NEUTRALITÄT: Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme! 65 Jahre Neutralität Österreichs - heute aktueller und notwendiger denn je! Stand + Flugblattverteilaktion ab 10.00Uhr. Treffpunkt: ab 10.00 Uhr, 1010 Wien, Nähe Burgring 6, vor dem Eingang Volksgarten zum Heldenplatz, zwischen Radweg und Fahrbahn/Straße/Ring. Bitte anmelden unter: ggae@gmx.at

KUNDGEBUNG ab 14h anl. des 65. Jahrestags der immerwährenden Neutralität. Militärblöcke spalten, Neutralität verbindet. Treffpunkt beim Maria Theresien-Denkmal/Ring zwi-

schen den Museen. Veranstalter ist die Solidarwerkstatt Österreich

Dienstag, 27.10.

Rep.Club, 19h, Emmerich Talos und Herbert Obinger/Bremen: SOZIALSTAAT ÖSTERREICH (1945 – 2020), Entwicklung – Maßnahmen – internationale Vertorfung. 1010 Rockkg.1

Donnerstag, 29.10.

Amerlinghaus, 19h, Lesung Freiheit des Wortes: Das Eigene und das Fremde. Es lesen: Janko Ferk, Regina Hilber, Ilse Kilic, Linda Kreiss, melamar, Hanno Millesi, Klaus Prinz, Karin Seidner, Richard Weihs, O. P. Zier. Veranstaltet von: GAV Grazer Autorinnen Autorenversammlung. 1070 Stifftg.8

Depot, 19h, Zeitschriftenpräsentation: Arts of the Working Class. Die mehrsprachige Straßenzeitung für Armut, Reichtum und Kunst Arts of the Working Class richtet sich an die Arbeiter*innenklasse, also an alle, und es geht um alles, das allen gehört. Künstler_innen, deren Arbeiten vorgestellt werden, gestalten mit,Verkäufer_innen behalten den vollen Preis. Arts of the Working Class, herausgegeben von Paul Sochacki, María Inés Plaza Lazo und Alina Kolar erscheint für die Straßen der Welt. 1070 Breite Gasse 3 Anmeldung für einen Präsenzplatz: depot@depot.or.at – Betreff Anmeldung 29.10.

Sonntag, 1.11.

Heute gibt's eine Trauerfeier der besonderen Art - hoffentlich mit DIR?!: Am Pachtgrundstück der FÖJ: Hornstein, Neufeldersee, Seestraße 339!!

Von 11h bis ca. 15h hast DU die Möglichkeit, Dich bei einem großen Lagerfeuer mit Kesselgulasch und Punsch von über 70 Jahre FÖJ am Neufeldersee zu verabschieden!!

Bei dieser Gelegenheit kann sich JedeR gegen eine Spende nehmen, was noch so herumsteht und herumliegt - und

das wird nicht gerade wenig sein!!! Die Sachen, die niemand brauchen kann, kommen dann gleich in die Mulde!!

Damit es nicht zu traurig wird, singen Kurti und Albert mit uns noch einmal unsere alten und neuen Lieder!!! Weiters wollen wir uns für all jene mit einer Kerze vom See verabschieden, die das selber nicht mehr können - wie zum Beispiel der Herta, dem Troopy, dem Schani, der Traude, der Gretl, dem Niki, der Heidi, der Lisa, der Renate, der Liesl, dem Siegi.... Wer eine Sitzgelegenheit braucht - bitte selber mitnehmen!!! Sicherheitshalber vielleicht auch noch ein Häferl, Teller plus Besteck mitnehmen!! Und warmziehen - damit sich niemand verkühlt!! Und: BITTE WEITERSAGEN!!!! Wir freuen uns auf DICH!!!!

Mittwoch, 4.11.

Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock, 19h, Diskussions- und Aktionstreffen: Corona der Vorwand, Diktat das Ziel? Corona und die Folgen - droht die Urbanisierung Österreichs? Höchste Arbeitslosigkeit in der 2. Republik, Massenentlassungen, weitere Umweltzerstörung statt Klimaschutz, Aufrüstung und Krieg, Abwälzung der Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung, usw. Wirtschaft und Regierung haben vor, die schon vor der Pandemie sich abzeichnende Profitkrise der Wirtschaft nunmehr im Zuge von Corona und mit Corona als Anlass auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen. Dagegen regt sich Widerstand. Was und wie wir tun können, darüber diskutieren wir an diesem Abend. Anmeldung unter: ggae@gmx.at, 1070 Stiftg.8

Freitag, 6.11.

KriLit, Lesestoff für die Weltverbesserung, Ulli Fuchs / Labor Alltagskultur veranstaltet die Literaturmesse abseits des kommerziellen Mainstreams: Kritische Literaturtage von 14 bis 20 Uhr. (Vor)Leseecke für Kinder mit Kinderbuchausstellung. 1160 Wien, Yppenplatz/Brunnenpassage

Samstag, 7.11.

KriLit 12-20h, 1160 Brunnenpassage/Yppenpl.

Altes AKH, 15h, Robin Foods, Extinction Rebellion Wien und Extinction Rebellion laden ein zum Austria XR Rebel Ride - November Ride! Es gibt kritische Plätze in Wien wo ein Radweg längst überfällig ist. Auf diese setzen wir einen besonderen Fokus. Eine Stadt der Zukunft braucht Platz für Familien, ältere Menschen, Kinder. Es braucht viel mehr Begrünung und Orte der Entfaltung und Kreativität. Für das setzen wir uns ein! Die Transformation werden wir auch bei diesem Radausflug deutlich machen: Wir begrünen, es gibt tolles freigesessenes Essen, wir tauschen uns aus, wir kreiden und vieles mehr! Vom leblosen Asphalt zur blühenden Oase! Mit diesem Spirit treten wir in die Pedale! Solltest du dich verspäten oder später dazustoßen wollen, dann findest du uns auch auf der critical maps app: <https://www.criticalmaps.net/>

Sonntag, 8.11.

KriLit von 12 - 17h, 1160 Brunnenpassage/Yppenpl.

Montag, 9.11.

BSA – Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen Landesgerichtsstraße 16/3 1010 Wien, 18 bis 21h:

In Kooperation mit dem BSA veranstalten wir eine Podiumsdiskussion zum Thema: Umwelt und Nachhaltigkeit und der Wandel in der Arbeitswelt. Die Geschwindigkeit der weltweit globalen Erderwärmung und die damit verbundene Klimakrise sind besorgniserregend. Wenngleich die Auswirkungen dieser Krise auf ökologischer Seite bereits gut charakterisiert sind, können wir den Einfluss auf sozialer Ebene nur erahnen. Extreme Wetterereignisse wie beispielsweise heftige Regenfälle werden immer häufiger und führen zu Überflutungen und zur Verminderung der Wasserqualität. Darüber hinaus führen Beschädigungen von Infrastruktur sowie Gesundheitsschäden zu erheblichen Kosten für die Gesellschaft und Wirtschaft. Um die globale Erderwärmung noch einigermaßen unter Kontrolle zu halten, bedarf es an massiven Anstrengungen die mit einem Systemwandel einhergehen. Im Rahmen dieser Veranstal-

tung wollen wir uns die Frage stellen, welchen Einfluss ein solcher umwelt- und nachhaltigkeitsbezogener Systemwandel auf unsere Arbeitswelt ausüben kann. Führt die Lösung der Klimakrise uns in ein weiteres unbekanntes Dilemma, oder können wir die Chancen die sich daraus ergeben zu unseren Vorteil nutzen? Moderation: Univ.-Lektorin Dr.in Miriam Hufgard-Leitner/Ärztin, David Steiner, Lebensmittel- und Biotechnologe. Impulsvortrag: Ing. Christian Kaiserseder. Podium mit anschließender Diskussion: Dr. Herbert Buchinger/AMS, Julia Herr, SPÖ Klimasprecherin im Parlament. Mag. Sylvia Leodolter, Ökonomin und Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr in der AK Wien, Abg.z.NR Josef Muchitsch, Sozialsprecher im Parlament. Anmeldung entweder per E-Mail unter veranstaltungen@bsa.at oder per Registrierung unter: www.nachhaltige-entwicklung.or.at/event/podiumsdiskussion-umwelt-und-nachhaltigkeit-und-der-wandel-in-der-arbeitswelt

Dienstag, 10.11.

Donaucitykirche, Treffen der Friedensinitiative 22, 19h, Lesung von Texten des Friedensforschers Dr. Thomas Roithner, gelesen von Ernst Toman: Wo steht Neutralität? 1220, Kaisermühlen U 1/VIC

Innsbruck, 19h, Vortrag und Disk. mit dem Journalisten Shir Hever: "Sicherheit" - über Wirtschaft und Ideologie in Israel. Dr. Shir Hever/Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost - Deutschland. Ort unter www.solidarwerkstatt.at erfragen

Mittwoch, 11.11.

Linz, Solidarwerkstatt, 19h, Vortrag und Disk. mit dem Journalisten Shir Hever: "Sicherheit" - über Wirtschaft und Ideologie in Israel. Waltherstr.15

Donnerstag, 12.11.

Graz, 19h, Vortrag und Disk. mit Shir Hever: "Sicherheit" - über Wirtschaft und Ideologie in Israel. Ort unter www.solidarwerkstatt.at erfragen

Freitag, 13.11.

C3-Bibliothek für Entwicklungspolitik, 19h, Gespräch mit Alice Hasters. Wer Rassismus bekämpfen will, muss Veränderung befürworten – und die fängt bei sich selbst an. Fragen wie "Darf ich mal deine Haare anfassen?" oder "Wo kommst du her?" sind oft nicht böse gemeint und dennoch rassistisch. Alice Hasters erklärt warum und beschreibt eindringlich und geduldig, wie Rassismus ihren Alltag als Schwarze Frau in Deutschland prägt. Dabei wird klar: Rassismus ist nicht nur ein Problem am rechten Rand der Gesellschaft. Moderation: Natascha Strobl. 1090 Senseng.3, Eintritt frei, Sitzplatzreservierung erforderlich: unter www.buchwien.at

Amida-Seminarzentrum, 19h, Vortrag und Disk. mit Shir Hever: "Sicherheit" - über Wirtschaft und Ideologie in Israel. 1070 Neubaugasse 12-14/2/14

Samstag, 14.11.

Linz, Solidarwerkstatt, 11h, Vollversammlung der Solidarwerkstatt Österreich. Waltherstr.15

Mittwoch, 18.11.

Linz, afo - architekturzentrum OÖ, 18,30, Vortrag und Diskussion mit Lukas Beurle: Mobilitätsleitbild für den Grossraum Linz. Infos www.verkehrswende-jetzt.at

Donnerstag, 19.11.

Alseum, Bezirksmuseum Alsergrund, 19h, Ausstellungseröffnung 47 Jahre Zettelgedichte - mit Helmut Seethaler, Wiener Zeteldichter und Willi Urbanek. 1090 Währinger Straße 43

Mittwoch, 25.11.

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen. Aktionen und Veranstaltungen, Infos dazu unter www.slp.at

Mariane Ruth Seymann

1942-2020

Trauerrede von Sonja Frank für ihre Mutter

Wir verabschieden uns von unserer Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Cousine und Freundin, Ruth Seymann, die am 12. Oktober 2020 an Covid19 im 79. Lebensjahr verstarb. Hier vorerst Abschiedsworte von meinem Bruder Martin Seymann, dem zweiten Kind unserer lieben Verstorbenen Ruth Seymann.

Meine Mutter Ruth Seymann kam als Kind von Fanni und Ludwig Grossmann in England auf die Welt. Ihre Eltern waren beide kommunistische Widerstandskämpfer in Österreich und in England.

Ihre Mutter Fanni Grossmann verlor als Achtzehnjährige wegen der Nazis ihren Posten als Schneiderin in Wien. Ludwig Grossmann war Elektriker und überlebte wie sein Bruder Czibi die KZs Dachau und Buchenwald. Fanni und die Brüder Grossmann konnten sich rechtzeitig vor Kriegsausbruch nach England retten, im Unterschied zu Jura Soyfer. Die Begegnung mit Soyfer und die KZ-Haft blieb den Grossmanns zeitlebens im Gedächtnis.

Ruths Eltern lernten sich mitten im Krieg in der antifaschistischen Organisation Young Austria in London näher kennen und lieben. In England wirkten sie mit ihren Freunden weiter gegen die Nazis. Ludwig und Fanni arbeiteten in britischen kriegswichtigen Betrieben.

Meine Mutter soll gleich in der Hochzeitsnacht im Juni 1941 gezeugt worden sein und sie wurde am 21. Februar 1942 in Prestbury in der Nähe von Manchester geboren. Sie hatte daher auch die britische Staatsbürgerschaft und erhielt den Namen Mariane Ruth Grossmann. Dieser Name wurde später von ihrer Volksschullehrerin kritisiert: Gleich zwei Schreibfehler: Grossmann ohne scharfen s, und der erste Vorname ohne zweitem n. Dieser Vorname war aber eine Idee von Fanni.

Ruths Großmutter, Gisela Landesmann, konnte sich knapp vor Kriegsbeginn mit Hilfe ihrer Tochter retten. Gisela kam als Köchin in den gleichen Haushalt, wo Fanni bereits als Dienst- und Kindermädchen tätig war. Ruths Großmutter war der ein-

zige überlebende Großelternanteil. Fast alle anderen Familienangehörige waren Shoah-Opfer. Daher nahmen alle überlebenden Verwandten eine wichtige Rolle in Ruths Leben ein. Die Depressionen ihres Vaters wegen der KZ-Erlebnisse machte ihn, wie viele der Gefährten, zeitweise sprachlos, gerade deswegen kämpften ihre Eltern für ein besseres Leben auf politischer Ebene.

Im November 1946 war die Familie Grossmann nach etwa sieben Jahren Exilzeit mit ihrer mittlerweile viereinhalbjährigen Tochter nach Wien zurückgekehrt. Sie unterstützten den antifaschistischen Kampf der KPÖ weiter. Sie setzten sich wegen der Erlebnisse im Faschismus für ihre Mitmenschen ein und hofften auf ein gerechteres Leben.

Ruths Großmutter wollte nicht ins Land der Mörder ihres Ehemannes zurückkehren und versuchte anfangs ein Leben bei Verwandten in Amerika. Doch die Sehnsucht nach der kleinen Enkelin veranlasste sie doch nach Wien zurückzukehren.

Als Ruths Mutter wieder arbeiten ging, wurde sie von einer Kindergärtnerin stolz herumgetragen: "Ein englisches Kind, ein englisches Kind". Doch sie lernte rasch Wienerisch – zum Entsetzen ihrer Großmutter und Tante Jaffa. Tante Jaffa, die Schwester von Ludwig und Czibi, blieb im Unterschied zu den beiden Brüdern in London. Jaffa war Alleinerziehende ihres Sohnes Ronnie und dann verärgert, dass die KPÖ es geschafft hatte, ihre Brüder nach Wien zu locken. Doch gegenseitige Kurzbesuche und Briefverkehr hielten die Familie zusammen.

Ruth hatte mit ihren Tanten und Cousins in Wien und London ein innige Verbundenheit, sowie zu ihrer besten Freundin Lilli Heitler (heute Kolisch), die auch im britischen Exil geboren wurde. Bei einer Reise bald nach dem Krieg in ihr Geburtsland hatte Ruth ihre Englischkenntnisse beinahe verlernt und rief im Doppeldeckerbus in London im stärksten Wiener Dialekt: Aufi wülli, aufi wülli! Zum Entsetzen ihrer Großmutter und ihrer Tante Jaffa. Erst im Gymnasium lernte Ruth wieder Englisch zur Freude ihrer Tante und ihres Cousins Ronnie.

Ruth studierte Pharmazie und lernte als Mitglied der Freien Österreichischen Jugend ihren Ehemann Ernst Seymann kennen, der später im Atominstitut bis zur Pensionierung Programmierer bzw. Software-Analytiker war.

Ruth war auf den antifaschistischen Kampf ihrer Eltern und Großonkel Czibi Grossmann stolz. Czibi hatte als Soldat in der britischen Armee für ein demokratisches und freies Österreich gekämpft, und seine Ehefrau Herta wirkte in der britischen Kriegsindustrie gegen Hitler. Als Ruth 1962 erstmals schwanger war, war ihre Tante Herta mit Sohn Heinz ebenso schwanger. Tante und Nichte kamen sich in dieser Zeit hilfreich näher.

Ruths Mutter stand aber immer im Mittelpunkt ihres Lebens. Sie war eine immens aktive Frau: als Betriebsrätin, als Kommunistin und später auch als Zeitzeugin für historische Dokumentationen. Sie hatte Ruths Maturazeit erfolgreich begleitet. Zum Bedauern der Familie fand das Studium aber sein vorzeitiges Ende. Der Grund war die Geburt von zwei Kindern. Ruth wurde erstmals Mutter mit 21 Jahren, als ich 1963 auf die Welt kam, und zwei Jahre später kam Martin auf Welt.

Bald nach dem Verlust ihrer Großmutter erkrankte meine Mutter das erste Mal ernsthaft. Es hieß sie sei schizophren, später manisch-depressiv und sie musste schwere Medikamente einnehmen. In den 1970er und Anfang der 2000er Jahren erhielt sie auch Elektroschocks. Sie musste an Brustkrebs operiert werden, der Krebs brach heuer wieder aus. Viele Jahre war sie immer wieder psychisch krank, besonders die letzten Jahre, doch sie hatte auch glückliche Zeiten. Wie z.B. als FÖJlerin am Neufeldersee, wo sie gerne Tischtennis mit Gleichgesinnten spielte oder mit ihnen Ausflüge unternahm. Auch die letzten Jahre im Maimonides-Zentrum gab ihr dieses Spiel viel Lebensfreude trotz Nierenerkrankung. Sie freute sich auch über das letzte große Geburtstagsfest, als ich viele ihrer Jugendfreunde einlud, auch wenn sie etwas früher müde die Runde verließ.

Die Hilfsbereitschaft meiner Großeltern beeindruckte jeden, doch Ruths Eltern waren in gewisser Weise auch zerrissen und fühlten sich schuldig, Überlebende der Shoah zu sein und nicht genügend Zeit für ihre Tochter gehabt zu haben, weil die KPÖ-Arbeit ungefähr gleich viel Zeit einnahm wie das Familienleben. Ruth bekam daher besonders als psychisch erkrankte Mutter von ihren Eltern enorme Hilfe für viele Belange. Sie waren als Großeltern auf ihre Enkelkinder stolz und agierten als wären diese ihre eigenen Kinder.

Konflikte zwischen meinen Großeltern führten zu keiner Scheidung, denn ihr antifaschistischer Kampf hatte sie innig zusammengeschweißt. Doch das Studentenehepaar Ruth und Ernst ließ sich scheiden als Martin seine Schullaufbahn noch nicht beendet hatte. Die Ehe war zu jung geschlossen und scheiterte größtenteils an Ruths psychischer Krankheit.

Ruth hatte von ihren Eltern und ihren "roten Tanten, roten Onkeln, roten Großtanten und ihrem Onkel Gustav Berg" ein Leben vorgeführt bekommen "immer hilfsbereit zu sein", so nahm sie, solange sie gesunde Lebensphasen hatte, auch diese Rolle ein.

Sie bestrickte die Familie mit Pullis, Hauben und Handschuhen. Meine Kreativität förderte sie indem sie mir vorschlug, die Künstlerische Volkshochschule zu besuchen. Ruth liebte Gedichtbände, Theater, Wandern und Ping-Pong-Spielen. Ihre Hobbies teilte sie auch mit ihrer älteren Enkelin Angelika, meiner Tochter, die 1989 auf die Welt kam. Als stolze junge Großmutter nahm sie Angelika ins Theater der Jugend und später ins Theater an der Wien mit. Solange sie gesund war, nahm sie bei Urlauben in der Steiermark auch ihr zweites Enkelkind, meine Tochter Alice mit, häufig mit den Eltern.

2004 versagten ihre Nieren bedingt durch Medikamente, die sie nun jahrzehntelang eingenommen hatte. 2006 war Blutwäsche 3 Mal die Woche notwendig. Als wenige Jahre später ihr drittes Enkelkind Zippi auf die Welt kam, konnte sie keine Omapflichten mehr übernehmen und ihr viertes Enkelkind Gitta, konnte sie noch am Foto sehen. 2006 verstarb ihr Vater, drei Jahre später ihre Mutter, die heuer ihren 100. Geburtstag gehabt hätte. Vierzehn Tage nach diesem Tag, am 16. September, war sie bei uns das letzte Mal im Garten und genoss den schönen Spätsommertag.

Ruth liebte ihre Mutter als tatkräftig Frau und ihren Vater für seine ruhige und unaufdringliche Art und bewunderte deren Einsatz für ihre Kolleg/innen als Betriebsräte. Trotz aller schlimmen Dinge, die ihr Vater erlebt hatte, wie seine KZ-Inhaftierungen, war kein Hass bei ihm zu spüren, doch die Geschichte sollte bewahrt bleiben. Ruth verstand seinen unermüdlichen Sammeltrieb über den Holocaust, zum Teil für das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes. Die Themen Wiederaufbauphase, die Geschichtsaufarbeitung und die Verdrängung der NS-Zeit beschäftigte ihn. Knapp vor seinem Tod bat Ludwig, dass wir – seine Enkel – seine große Sammlung aufarbeiten

sollen. Als ich diese Aufgabe nach Fannis Tod ab 2009 übernahm, freute sich Ruth, dass ich nicht verdränge, sondern unsere Geschichte der Familie und Freunde nicht in Vergessenheit geraten lasse. Und Ruth trug auch Erinnerungen für meine Dokumentationen bzw. Publikationen bei.

Lange konnte ich die Krankheit meiner Mutter und die Einnahme von so vielen Medikamenten nicht akzeptieren, erst nach der Geschichtsaufarbeitung fand ich Verständnis.

Ruths Fähigkeit gut zu zuhören und mich als Teenagerin zu unterstützen als wäre ich ihre Freundin rechne ich hier hoch an. Auch dass sie uns schulisch förderte und dass, sie trotz Krankheiten sich Hilfe von ihren Verwandten einholte. Zur Hilfe eilte auch ihre Tante Selma Steinmetz in den 1970er Jahren. Tante Selma wollte Lehrerin werden, musste aber vor den Austrofaschisten bzw. vor den deutschen Faschisten fliehen, wie ihre Schwestern Berthe Tardos und Gundl Herrstadt-Steinmetz. Die drei Schwestern kämpften später in der Resistance gegen Hitler.

Viele Erzählungen meiner Mutter über die Familie und ihre Solidarität zu Migranten in Österreich waren mir eine Schule. Diese Solidarität hat in meinem Leben einen großen Stellenwert! Auch ihrem Leben trotz häufiger Krankheitsphasen immer wieder Freude abzugewinnen bleibt bewundernswert.

Sieben Jahre lebte sie mit Yaser Celik eine innige und glückliche Beziehung, die lediglich durch seinen Kinderwunsch ein Ende fand. Sie verbrachte schöne Jahre mit ihm und wurde von seiner in der Türkei lebenden Familie akzeptiert, obwohl sie Jüdin war und er Muslim. Religion spielte bei Ruth

weniger Rolle als die politische soziale Haltung. Unser leider ausländerfeindliches Österreich sollte von solchen glücklichen Beispielen mehr lernen.

Ruth wechselte krankheitsbedingt häufig ihre Jobs. So arbeitete sie in einigen Apotheken Wiens als Apothekenhelferin und als Sekretärin in der Zentralsparkasse in der Erdbergstraße, wo sie in der Nähe am Kardinal-Nagel-Platz wohnte. Ruth hegte gegen niemanden Vorbehalte, ausgenommen gegen jene, die Andere verachten. Als Yaser einmal sein Gehaltskonto kurzfristig überziehen wollte und ihm das verweigert wurde, regte sie sich fuchsteufelswild in der Bankfiliale auf: Wenn ein Österreicher oder ein Brite hier früher sein Geld will, bekommt er das, aber nur weil er ein Türke ist, verweigern sie das. Ihr lauter Protest hatte seine Wirkung und Yaser bekam sein Geld.

Ruth und Yaser verband ein eigener Humor und beide trennten sich ohne böse auf den anderen zu sein. Sie hatte für Yasers Kinderwunsch Verständnis, und freute sich, dass ihm seine spätere Frau zwei Kinder schenkte.

Religion spielte bei Ruth weniger Rolle als politische soziale Haltung, dennoch ist die Verbundenheit zum Judentum bewiesen, da sie, wie ihre Eltern, ein jüdisches Begräbnis haben wollte.

Ruth wird uns mit ihrer offenen Art und ihrem Respekt für alle Menschen, unabhängig ihrer Herkunft immer ein Vorbild bleiben.

###

VORSICHT: kleingedrucktes
Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der unterzeichnenden Autoren und Autorinnen aus. Redaktionsmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen.
Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts Neues respektive mittelmäßig enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung

wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entscheiden, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt. Sollte nach längerer Diskussion kein Konsens innerhalb der Redaktion zu erreichen sein, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Stimmberechtigte Mitglieder sind nur regelmäßige MitarbeiterInnen der Redaktion. Abgelehnte Manuskripte können in der Redaktion

eingesehen werden.
Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei bfs-Mitgliedern ist die Abogebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisschen einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und Herstellerin: Bewegung für Sozialismus (föj), Belvedereg. 10, 1040 Wien. Nachdruck unter Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erbeten. Reproduktionen im Internet bitte unter Angabe unserer Webadresse oder des Deeplinks sowie Benachrichtigung per Mail. DVR-Nummer: 0557 021.

postadresse: Lobenhauerng.35/2, 1170 Wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausenstraße 3, Kellerlokal, 1140 Wien. Telefon zu redaktionszeiten 0665 / 65 20 70 92, ansonsten 01 / 53 56 200 - mail akin.redaktion@gmx.at - archivhomepage <http://akin.mediaweb.at> - [blog https://akinmagazin.wordpress.com](https://akinmagazin.wordpress.com) - <https://www.facebook.com/akin.magazin> - [twitter @akinmagazin](https://twitter.com/akinmagazin) - [radio-podcast https://cba.fro.at/series/akin](https://cba.fro.at/series/akin)

Konto: bank austria, lautend auf: föj — Bewegung für Sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW